



Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Staatssekretär i.V.

An den  
Vorsitzenden des Finanzausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Thomas Rother, MdL  
Landeshaus Kiel  
24105 Kiel

Nachrichtlich

Landesrechnungshof  
Schleswig-Holstein  
Hopfenstraße 30  
24103 Kiel

Kiel, 1. August 2013

**Sachstandsbericht Anmietung einer Liegenschaft für Zwecke der Unterbringung der Polizeianwärter und Finanzanwärter in Eutin  
hier: Schreiben vom 01. Juli 2013**

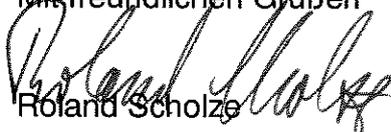
Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen die Vorlage des Innenministeriums i. S. Sachstandsbericht zur Unterbringung von Polizei- und Finanzamtsanwärtern in Eutin.

Aufgrund von Sanierungsmaßnahmen in den Ausbildungsliegenschaften in Eutin und Malente und erhöhten Einstellungszahlen bei der Polizei war eine Anmietung notwendig.

Anliegendes Schreiben des Innenministeriums wird zur detaillierten Information übersandt.

Mit freundlichen Grüßen

  
Roland Scholze



An den  
Vorsitzenden des Finanzausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Thomas Rother, MdL  
Landeshaus

24105 Kiel

über das  
Finanzministerium  
des Landes Schleswig-Holstein  
Düsternbrooker Weg 64

24105 Kiel

1. Juli 2013

### **Finanzausschussvorlage**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

bei einer Regeluntersuchung durch den Kreis Ostholstein ist ein Legionellenbefall in Teilen des Wassersystems der Liegenschaft der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei (PDAFB) in Eutin festgestellt worden. Die Durchführung der notwendigen Sanierungsmaßnahmen sowie der ebenso notwendigen Brandschutzmaßnahmen in den Unterkunftsgebäuden im laufenden Betrieb hat sich aufgrund der Lärm- und Staubentwicklung als nicht realisierbar herausgestellt. Somit stehen während des Ausbildungsbetriebes nicht alle Gebäude für Unterkunftszwecke zur Verfügung.

Da zum 01.08.2013 die Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter für den mittleren Dienst beginnt, kommt es zu Engpässen bei der Unterbringung der Auszubildenden. Die Sanierungsmaßnahmen werden bis dahin nicht abgeschlossen sein. Hieraus entsteht ein kurzfristig zu deckender Unterbringungsbedarf für ca. 100 Nachwuchskräfte.

Des Weiteren wird es aufgrund der künftigen hohen Anzahl an Pensionierungen in der Polizei zu einem starken Anstieg an Polizeianwärtern kommen. Dies wiederum bedingt - auch langfristig - einen Mehrbedarf an Unterbringungsmöglichkeiten, der mit den derzeit zur Verfügung stehenden Kapazitäten nicht zu decken ist.

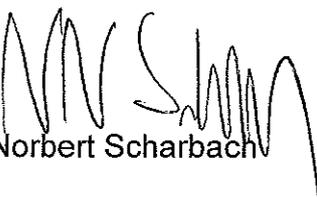
Der Inhaber der unmittelbar an die Liegenschaft der PDAFB angrenzenden Wohnanlage Vitaparc AG hat der Landespolizei grundsätzlich die Vermietung von Unterkünften angeboten. Eine Besichtigung der angebotenen Appartements, die mit bis zu drei Auszubildenden belegt werden können, hat ergeben, dass die Unterkünfte für Zwecke der Unterbringung von Anwärtern geeignet sind und kurzfristig zur Verfügung stehen. Aufgrund der Tatsache, dass andere Alternativen nicht gegeben sind, wurde das FM gebeten, Mietverhandlungen mit dem Inhaber des Wohnparks aufzunehmen.

In diesem Zusammenhang wurde dem IM bekannt, dass auch das BIZ Steuer aus dem Geschäftsbereich des Finanzministeriums vorübergehend alternative Unterbringungsmöglichkeiten benötigt. Aus brandschutztechnischen Gründen sind dort 17 Betten im Angestelltenwohnhaus zurzeit nicht nutzbar. Im Zuge der Sanierung des BIZ Steuer ist für die Zeit der Baumaßnahmen am Bettenhaus vorhersehbar, dass weitere 68 Betten nicht nutzbar sein werden. Gleichzeitig wird sich die Auslastung des BIZ Steuer noch einmal verstärken, indem - bei gleichbleibendem Fortbildungsbedarf - mit dem Einstellungsjahrgang 2014 50 Nachwuchskräfte erwartet werden.

Aufgrund der Notwendigkeit, kurzfristig Wohnraum zur Verfügung stellen zu müssen, bleibt zur Lösung des Problems nur die Anmietung von Unterbringungsmöglichkeiten. Das Finanzministerium hat in Zusammenarbeit mit der GMSH Alternativen in der Umgebung Eutins geprüft. Nach Abschluss der Recherche hat sich der Wohnpark Vitaparc AG als wirtschaftlichste Alternative für den kurzfristigen Bedarf heraus gestellt. Da für die Landespolizei auch ein längerfristiger Bedarf besteht, wurde in diesem Zusammenhang die Alternative eines Neubaus auf dem Gelände der PDAFB geprüft. Die Anmietung der Räume in der Wohnanlage Vitaparc AG erscheint nach Abwägung wirtschaftlicher, da nicht absehbar ist, wie lange der erhöhte Unterbringungsbedarf an Nachwuchskräften besteht.

Das Finanzministerium wird daher für die Landespolizei und das BIZ Steuer eine längerfristige (10 Jahre + Option der Verlängerung von 2 mal 5 Jahren) Anmietung von Appartements in der Wohnanlage Vitaparc AG vornehmen. Es werden zum 01.08.2013 50 Appartements für 150 Anwärterinnen und Anwärter der Landespolizei und zum 01.01.2014 zusätzlich noch 30 Appartements für die Nachwuchskräfte des BIZ Steuer angemietet. Ein neues Unterbringungsgebäude für die Nachwuchskräfte der Landespolizei ist damit nicht mehr notwendig.

Mit freundlichen Grüßen

  
i. V. Norbert Scharbach